

**MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN
BADEN-WÜRTTEMBERG**

Postfach 103443 70029 Stuttgart
E-Mail: poststelle@sm.bwl.de
FAX: 0711 123-3999

An den
Präsidenten des Landtags
von Baden-Württemberg
Herrn Guido Wolf MdL
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Stuttgart 07. Dez. 2011
Durchwahl 0711 123-3685
Name Genny Di Croce
Aktenzeichen 34-0141.5/15/888
(Bitte bei Antwort angeben)

nachrichtlich – ohne Anlagen –

Staatsministerium

**Antrag der Abgeordneten Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU
- Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund
- Drucksache 15/888**

Ihr Schreiben vom 17.11.2011

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren nimmt zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. was sie unternimmt, damit die besonderen Pflegebedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund von den ambulanten und stationären Pflegediensten ausreichend berücksichtigt werden;*
- 5. ob die Ergebnisse der im Frühjahr 2011 durch das Sozialministerium beauftragten Untersuchung zur Versorgungssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund*

bereits vorliegen, falls ja, worin diese bestehen, falls nein, wann diese auftragsgemäß zu erwarten sind.

Zu Ziff. 1. und 5.:

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die Berücksichtigung und die Einstellung auf sich wandelnde Verhältnisse bzw. auf besondere Pflegebedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner stationärer Einrichtungen bzw. bei der Inanspruchnahme ambulanter Dienste, vorrangig in die Organisationshoheit des jeweiligen Dienstes fallen. Dazu zählt selbstverständlich auch, sich auf die wachsende Zahl von älter werdenden Menschen mit Migrationshintergrund vorzubereiten, die voraussichtlich auch in zunehmendem Maße stationäre und ambulante Dienste in Anspruch nehmen werden. Und dazu gehört ebenso, soweit erforderlich, entsprechende Angebote vorzuhalten.

Es ist dabei insbesondere Aufgabe der Stadt- und Landkreise, im Rahmen ihrer Kreispflegeplanungen den Bedarf pflegebedürftiger älterer Menschen mit Migrationshintergrund stärker zu berücksichtigen. Vielfach laufen hier schon Überlegungen und Konzepte. Als Beispiel ist der Landkreis Lörrach mit seinem Integrationskonzept zu nennen, zu dessen zentralem Handlungsfeld u.a. der Bereich Gesundheit und insbesondere die Integration von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund gehören sowie die Verankerung des Gedankens der kultursensiblen Pflege und die Weiterbildung der interkulturellen Kompetenz. Ebenso haben auch u.a. der Landkreis Böblingen sowie der Landkreis Ravensburg die Situation älterer Menschen mit Migrationshintergrund in ihre Planungen einfließen lassen bzw. Konzepte zur Betreuung und Versorgung älterer muslimischer Menschen erstellt.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Bedürfnisse von pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund stärker als bisher berücksichtigt werden. Pflege- und hilfebedürftigen Menschen ist, unabhängig von ihrer kulturellen und sozialen Herkunft der Zugang zu stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten zu ermöglichen. Bestehende Unterschiede u.a. im sprachlichen und kulturellen Bereich, hinsichtlich der Ess- und Trinkgewohnheiten oder hinsichtlich der Gepflogenheiten führen zu unterschiedlichen Bedürfnissen, die auch im Bereich der ambulanten und stationären Pflegedienste zu berücksichtigen sind. Mangelnde Deutschkenntnisse können beispielsweise zu Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Pflegepersonal und Patienten führen, eine fehlende interkulturelle Ausrichtung der Einrichtungen zu Missverständnissen und schlimmstenfalls Fehlbehandlungen. Dabei wird die Schaffung flächendeckender Einrichtungen für besondere Personengruppen grundsätzlich als integrationshemmend angesehen, da diese den allgemeinen integrationspolitischen Zielen der Partizipation am allgemeinen gesellschaftlichen Leben entgegensteht.

Um zukünftige Planungen vorzubereiten und vor allem um Strukturen – soweit erforderlich – bedarfsgerecht ändern zu können, fehlt es jedoch bisher an einer angemessenen Datenlage in Baden-Württemberg zu der Versorgungssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund.

Aus diesem Grund hat das Sozialministerium im Mai 2011 eine Untersuchung zur „Versorgungssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund in der Pflege“ mit folgenden Zielen in Auftrag gegeben:

- Erfassung der Anzahl älterer Menschen mit Migrationshintergrund in allen stationären Pflegeeinrichtungen und allen ambulanten Pflegediensten in Baden-Württemberg.
- Analyse der aktuellen Versorgungssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund.
- Vergleich von Ressourcen und Einschränkungen von Bewohnerinnen und Bewohnern/Patientinnen und Patienten ambulanter und stationärer Pflegeeinrichtungen mit und ohne Migrationshintergrund.

Erste verwertbare Ergebnisse aus dieser im Mai 2011 in Auftrag gegebenen Untersuchung sind auftragsgemäß im Sommer 2012 zu erwarten.

2. *inwieweit Pflegeeinrichtungen, ambulante Pflegedienste und ihre Mitarbeiter auf die Erfordernisse in einer multi-ethnischen Gesellschaft vorbereitet sind und inwieweit sie eine interkulturelle Öffnung von Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten unterstützt;*

Seit einigen Jahren gibt es bereits vielfältige Maßnahmen, Projekte und Konzepte der freigemeinnützigen Träger zur interkulturellen Öffnung der Einrichtungen und Pflegedienste.

Da es sich um eine Vielzahl von Projekten vor Ort handelt, sind diese dem Sozialministerium nur in Einzelfällen bekannt. So z.B. das im Februar 2009 begonnene dreijährige Pilotprojekt „Teilhabe“ des PARIÄTISCHEN Baden-Württembergs, in dem der PARITÄTISCHE an drei Modellstandorten Mitgliedsorganisationen aus der Altenhilfe in Fragen der interkulturellen Öffnung und Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen berät und unterstützt.

Auch die Arbeiterwohlfahrt (AWO) hat bereits vor einigen Jahren eine Rahmenkonzeption zur interkulturellen Öffnung der ambulanten und stationären Angebote für ältere Menschen erstellt und bietet Fachtagungen und Fortbildungen an.

Ebenso hat auch der Caritasverband, z.B. zuletzt im September dieses Jahres, eine Fortbildung zur kultursensiblen Altenpflege veranstaltet.

Die Verbände der privaten und frei-gemeinnützigen Träger ambulanter Dienste und Pflegeeinrichtungen berichten weiter, dass bereits heute vielfach bei der Ausgestaltung der Pflegeangebote kulturell bedingte Bedürfnisse berücksichtigt werden. Als praktische Maßnahmen werden genannt, dass Organisationen im Rahmen der Personalentwicklung ihr Personal zu Fragen der Migration, der Lebenssituation und Altersbilder schulen und weiterbilden. Des Weiteren sei die vermehrte Akquise von muttersprachlichem Fachpersonal unabdingbar.

Der Verband privater Anbieter weist darüber hinaus darauf hin, dass sich eine erhebliche Anzahl der im bpa organisierten Pflegedienste bereits seit geraumer Zeit auf Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund spezialisiert. Als Grund hierfür werde u.a. die Tatsache gesehen, dass einige Inhaber neu gegründeter Dienste selbst über einen einschlägigen Migrationshintergrund verfügen, der den Aufbau eines spezialisierten Dienstes sowie einen möglichst niedrigschwelligen Zugang potenzieller Kunden erheblich erleichtert.

Es ist das Ziel der Landesregierung, dass sich künftig mehr Menschen mit Migrationshintergrund für einen Pflegeberuf entscheiden. Personen mit Migrationshintergrund, die neben ihrer Muttersprache auch gut Deutsch sprechen, können sprachliche und kulturelle Brücken bauen und zwischen verschiedensprachigen Bewohnern von Altenhilfeeinrichtungen sowie zu deutschsprachigen Pflege-, Therapeuten- und Ärzteteams vermitteln. Mehr Personal mit Migrationshintergrund würde zudem die Pluralität unserer Gesellschaft in den Diensten und sozialen Einrichtungen besser widerspiegeln und einen wichtigen Beitrag zu deren interkulturellen Öffnung im Rahmen einer kultursensiblen Pflege leisten. Im Rahmen der Informations- und Werbekampagne „Attraktivität der Pflegeberufe und der sozialen Berufe“ sollen deshalb gezielt in Baden-Württemberg lebende Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden.

3. *ob für Pflegefachkräfte in ausreichendem Maße Qualifizierungsangebote zur kultursensiblen Pflege zur Verfügung stehen;*

Zum Thema „kultursensible Pflege“ hat bereits im Jahr 2002 der Arbeitskreis „Charta für eine kultursensible Altenpflege“ eine umfangreiche Handreichung zu den Aspekten professionelle Pflege von alt gewordenen Migrantinnen und Migranten, interkulturelle Öffnung als struktureller Entwicklungsprozess, vom multikulturellen zum interkulturellen Team, Handlungswissen und interkulturelle Kompetenz entwickelt. Sie richtet sich in erster Linie an die institutionelle und fachliche Praxis der Altenpflege. Die Erkenntnisse und Empfehlungen sind auch in Aus- und Weiterbildungsangeboten eingeflossen. Kultursensible Pflege, Umgang mit Menschen aus anderen Kulturkreisen und spezielle Bedürfnisse dieser Personengruppe werden als Querschnittsthemen in umfangreicheren Weiterbildungen mit behandelt und zunehmend auch Inhalt spezieller, teilweise modular aufgebauter Qualifizie-

rungsmaßnahmen, die von privaten Bildungsträgern angeboten werden. Auch Fortbildungen in Form von Fachtagungen werden angeboten. Wir gehen davon aus, dass sich diese Entwicklung fortsetzen und intensivieren wird.

Darüber hinaus erarbeitet das Integrationsministerium derzeit ein Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen für Berufe, die landesrechtlich geregelt sind. Dies betrifft auch Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen. Das Gesetz soll dazu beitragen, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund ihren im Ausland erlernten Berufen im Gesundheitswesen auch in Deutschland nachgehen können.

4. inwieweit sie sich für den Auf- und Ausbau von Kooperationen zwischen ambulanten und stationären Pflegediensten und Migrantenorganisationen einsetzt;

Das Sozialministerium geht davon aus, dass es auf örtlicher Ebene Kooperationen und Zusammenarbeiten vielfältiger Art von Pflegediensten und Migrantenorganisationen gibt, die häufig erste Anlaufstelle für Menschen mit Migrationshintergrund sind. Jede Initiative, die darauf abzielt, die interkulturelle Öffnung der Einrichtungen und Dienste voranzubringen und das Verständnis für die Bedürfnisse der Menschen mit Migrationshintergrund zu erweitern, sowie das Personal in den Einrichtungen zu unterstützen, diesen Anforderungen gerecht zu werden, werden seitens der Landesregierung ausdrücklich begrüßt.

6. wie sie die Situation in der Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund bewertet.

Baden-Württemberg verfügt über eine gut ausgebaute, moderne und leistungsfähige Pflegeinfrastruktur im Bereich der stationären Einrichtungen sowie über 999 zugelassene ambulante Pflegedienste. Pflege- und hilfebedürftige Menschen finden ein gutes, bedarfsgerechtes qualitativ hochwertiges Versorgungsnetz vor. Ob es darüber hinaus – auch unter Berücksichtigung der in Ziff. 2 und 3 dargestellten Maßnahmen – bei der Versorgung älterer Menschen mit Migrationshintergrund besondere Defizite gibt, werden die Ergebnisse der im Mai 2011 in Auftrag gegebenen Untersuchung zur Versorgungssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund zeigen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Katrin Altpeter MdL

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren

Verteiler	Name in der Globalen Adressliste
<input checked="" type="checkbox"/> Staatsministerium	Staatsministerium Poststelle
<input type="checkbox"/> Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	
<input type="checkbox"/> Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	Kultusministerium (Poststelle)
<input type="checkbox"/> Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Wissenschaftsministerium (Poststelle)
<input type="checkbox"/> Innenministerium	Innenministerium (Poststelle)
<input type="checkbox"/> Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft (Post- stelle)
<input type="checkbox"/> Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (Poststelle)
<input type="checkbox"/> Justizministerium	Poststelle (Justizministerium)
<input type="checkbox"/> Ministerium für Verkehr und Infrastruktur	Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (Poststelle)
<input checked="" type="checkbox"/> Ministerium für Integration	poststelle (IntM)
<input checked="" type="checkbox"/> Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund, Berlin	Poststelle (Landesvertretung B-W Berlin)